

## Das „Schürer-Papier“ (30.10.1989) – Offenbarungseid der DDR

Unmittelbar nach dem Sturz Erich Honeckers am 18.10.1989 wird Gerhard Schürer, Chef der staatlichen Plankommission, von dem neuen SED-Generalsekretär Egon Krenz beauftragt, die wirtschaftliche Lage der DDR zu analysieren und dem Politbüro der SED „ungeschminkt“ zu präsentieren. Von der „geheimen Verschlussache b5 1158/89“ werden exklusiv 40 nummerierte Exemplare erstellt. Am 30. Okt. 1989 wird das später so genannte „Schürer-Papier“ dem Politbüro vorgestellt.<sup>1</sup> (K. Burkard)

*„... seit dem VIII. Parteitag<sup>2</sup> wuchs insgesamt der Verbrauch schneller als die eigenen Leistungen. Es wurde mehr verbraucht als aus eigener Produktion erwirtschaftet wurde zu Lasten der Verschuldung im NSW<sup>3</sup>, die sich von 2 Mrd. VM<sup>4</sup> 1970 auf 49 Mrd. VM 1989 erhöht hat. ... Hinzu kommt, dass das Tempo der Entwicklung der Geldeinnahmen der Bevölkerung höher war als das des Warenfonds zur Versorgung der Bevölkerung. Das führte ... zu Mangelerscheinungen im Angebot und zu einem beträchtlichen Kaufkraftüberhang<sup>5</sup>. ... Mit den geplanten Valutaeinnahmen 1989 werden nur etwa 35% der Valutaausgaben insbesondere für Kredittilgungen, Zinszahlungen und Importe gedeckt. 65% der Ausgaben müssen durch Bankkredite und andere Quellen finanziert werden. Das bedeutet, dass die fälligen Zahlungen von Tilgungen und Zinsen, d.h. Schulden mit neuen Schulden bezahlt werden...*

*Die Konsequenz der unmittelbar bevorstehenden Zahlungsunfähigkeit wäre ein Moratorium<sup>6</sup>, bei dem der IWF<sup>7</sup> bestimmen würde, was in der DDR zu geschehen hat. Solche Auflagen setzen Untersuchungen des IWF in den betreffenden Ländern zu Fragen der Kostenentwicklung, der Geldstabilität u.ä. voraus. Sie sind mit der Forderung auf den Verzicht des Staates, in die Wirtschaft einzugreifen, der Reprivatisierung von Unternehmen, der Einschränkung der Subventionen mit dem Ziel, sie gänzlich abzuschaffen, dem Verzicht des Staates, die Importpolitik zu bestimmen, verbunden. Es ist notwendig, alles zu tun, damit dieser Weg vermieden wird. ...*

*[Daher] ist es für die Sicherung der Zahlungsfähigkeit 1991 unerlässlich, zum gegebenen Zeitpunkt mit der Regierung der BRD über Finanzkredite in Höhe von 23 Mrd. VM über bisherige Kreditlinien hinaus zu verhandeln... Diese Vorschläge erhöhen die Verschuldung der DDR weiter und stellen ein Risiko dar. Die Verschuldung wird jedoch langfristig und refinanzierbar konzipiert und ist verbunden mit dem Zeitgewinn für die grundsätzliche Änderung der Wirtschaftspolitik der DDR und der Vermeidung eines Diktats des Internationalen Währungsfonds.*

*Um der BRD den ernsthaften Willen zu unseren Vorschlägen bewusst zu machen, ist zu erklären, dass durch diese und weitergehende Maßnahmen der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit DDR – BRD noch in diesem Jahrhundert solche Bedingungen geschaffen werden könnten, die heute existierende Form der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten überflüssig zu machen.“*

---

<sup>1</sup> Schürer, G.: „Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen, Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der SED, geheime Verschlussache b5 1158/89“; veröffentlicht in Deutschland-Archiv 10/1992, S. 1112-1120.

<sup>2</sup> 1971

<sup>3</sup> Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet

<sup>4</sup> Valutamark war eine im offiziellen Sprachgebrauch der DDR übliche Bezeichnung für die Währung Deutsche Mark der Bundesrepublik Deutschland.

<sup>5</sup> Mit anderen Worten: zu einer verdeckten Inflation

<sup>6</sup> Zahlungsaufschub

<sup>7</sup> Weltwährungsfonds